

frei.hessen 

JULI 2024, 1. AUSGABE

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

Wirtschaftswende

JETZT

ODER

NOW

Neue Impulse für Hessen

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit der Europawahl liegt ein intensiver Wahlkampf hinter uns. Wir Freie Demokraten sind mit einem starken Team um unsere hessische Spitzenkandidatin Isabel Schnitzler angetreten und haben engagiert für unsere Ideen zu einem zukunftsfähigen Europa geworben. Für diesen herausragenden Einsatz möchte ich mich bei Isabel Schnitzler, Ihnen, unseren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie den Kandidatinnen und Kandidaten, von Herzen bedanken. Am Ende ist es uns gelungen, das ordentliche Ergebnis von 2019 in Hessen zu halten und 6,3 Prozent zu erzielen, auch wenn es für Isabel Schnitzler knapp nicht gereicht hat für den Einzug in das Europäische Parlament. Das zeigt: Unsere liberalen Werte und unsere Politik für die Mitte der Gesellschaft kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern ungebrochen an. Das Wahlergebnis sehen wir aber auch als Auftrag und Ansporn zugleich. Gerade in Zeiten, in denen die populistischen Kräfte Zulauf haben, ist es entscheidend, vernunftgeleitete Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben. Dies werden wir auch künftig tun. Auf dem Bundesparteitag im April haben wir ein Zwölf-Punkte-Programm zur Wirtschaftswende beschlossen. Deutschland fällt im globalen Wettbewerb immer weiter zurück, was den dringenden Handlungsbedarf zeigt. Innovation und wirtschaftliche Freiheit müssen gefördert werden, damit Deutschland wieder zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte weltweit werden kann. Diese Überzeugung treibt uns Freie Demokraten an, konsequent auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft zu setzen. Ein Beispiel für unseren Einsatz in Hessen ist die Modernisierung des hessischen Ladenöffnungsgesetzes, initiiert durch unsere Landtagsfraktion. Das aktuelle Gesetz wird den Entwicklungen im Handel nicht gerecht, wie das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs zur Sonntagsöffnung der Teo-Märkte zeigt. Mit unserem Vorstoß



zur Novellierung des Gesetzes wollen wir die Sonntagsöffnung der voll digitalisierten Mini-Märkte ermöglichen und auf eine sichere Rechtsgrundlage stellen. Diese Veränderung ist nicht nur notwendig für den Einzelhandel, sondern auch für die Bedürfnisse der Verbraucher.

Neben wirtschaftlichen Themen gehen wir auch gesellschaftliche Herausforderungen an – eine davon ist der Hass auf unsere jüdischen Mitbürger und den Staat Israel. Die Ereignisse des 7. Oktober haben die Gefahr des Antisemitismus auch in Hessen mit unvorstellbarer Härte sichtbar gemacht. Rund 1.500 antisemitische Meldungen wurden beim Portal Hessen gegen Hetze verzeichnet, viele davon strafrechtlich relevant. Unsere Fraktion im Hessischen Landtag hat mit einer Podiumsdiskussion auf dieses drängende Thema aufmerksam gemacht und Lösungsansätze erörtert. Dabei wurde deutlich, dass der Schlüssel zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Bildung liegt. Deshalb setzen wir uns für umfassende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und die Integration relevanter Themen in den Unterricht ein. Schule muss ein Ort sein, an dem Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Unser Einsatz für Freiheit, Innovation und Gerechtigkeit zeigt, dass wir als Freie Demokraten in Hessen aktiv an der Gestaltung einer modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft mitwirken. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir diese Ziele erreichen und unser Bundesland voranbringen.

HERZLICHST

B. Stark-Watzinger

BETTINA STARK-WATZINGER, MdB
LANDESVORSITZENDE DER FDP HESSEN

 facebook.com/FDPHessen/

 instagram.com/fdp_hessen/

 **Sie können frei.hessen**
auch online lesen:
fdp-hessen.de/frei-hessen

 x.com/fdphessen

 <https://fdp-hessen.de/>

© James Zabel



- Titelthema
- 4 Das braucht es jetzt für die Wirtschaftswende**
- Fokus
- 8 Freie Demokraten modernisieren das hessische Ladenöffnungsgesetz**
- Thema
- 10 Antisemitismus gemeinsam bekämpfen**
- Fremde Feder
- 12 Mehr auf Unternehmer setzen**
- Rückblick
- 13 133 Tage Wahlkampf**
- Meldungen
- 14 Persönliches**

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag



IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611 350-567, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Karolina Keller, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Ann Kathrin Führich, Tatjana Hajmássy, Karolina Keller
Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS Titelseite: FDP-Bundesverband | Seite 2: Tobias Koch | Seiten 3-4: James Zabel; Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seiten 6-7: Larisa Stefanuyk/iStock/Getty Images Plus; Venerala/iStock/Getty Images Plus | Seiten 8-11: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 12: Uwe Zucchi/VhU | Seite 13: Ajeet Ahmad, Junge Liberale Hessen | Seiten 14-15: Dirk Beichert; Privat

Das braucht es jetzt für die Wirtschaftswende

Unsere Agenda für Wachstum und Wohlstand

© James Zabel

Deutschland fällt im globalen Wettbewerb zurück: In internationalen Standortrankings ist unser Land von Platz sechs im Jahr 2014 auf Platz 22 abgestiegen – ein Alarmsignal, das den dringenden Handlungsbedarf unterstreicht. Unser Land braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Nur so sichern wir Wachstum und Wohlstand und können uns auch geopolitisch behaupten.

Ein Beitrag von Bettina Stark-Watzinger

Vor über 70 Jahren leitete Ludwig Erhard mit seiner Vision von der Sozialen Marktwirtschaft eine Ära des Aufschwungs ein, die Deutschland aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zu einer der führenden Wirtschaftsnationen machte. Erhards Mut und Glaube an die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft schufen die Grundlage für ein Wirtschaftswunder, das noch immer beeindruckt.

Heute steht unser Land erneut vor einer historischen Aufgabe. Die konkreten Herausforderungen mögen andere sein – Digitalisierung, Klimawandel, globale Unsicherheiten –, doch die Lösung heißt weiter: Innovation und wirtschaftliche Freiheit. Wir Freie Demokraten sind fest davon überzeugt, dass Deutschland wieder zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte werden kann,

wenn wir konsequent auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft setzen.

Denn unser wirtschaftlicher Anspruch muss lauten: Weltspitze. Und zwar nicht die Weltspitze bei Bürokratie und bei Arbeitskosten, wie es uns die OECD kürzlich wieder bescheinigt hat. Sondern die Weltspitze bei Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftschancen. Weltspitze ist aber nicht allein eine Frage der Gesetze. Sie ist auch eine Frage des Mindsets.

Ein neuer Respekt vor Leistung

Vor kurzem durfte ich einen Spatenstich für das Herzzentrum an der Berliner Charité vollziehen. In der amerikanischen Presse wurde es zum weltweit besten Herzzentrum gekürt. Die Menschen, die dort tätig sind, haben Lust auf Leistung im besten Sinne. Auf der Hannover

Zur Person

Bettina Stark-Watzinger ist die Landesvorsitzende der FDP Hessen. Im Anschluss an ihr Studium der Volkswirtschaftslehre war sie in der Finanzbranche in Frankfurt tätig. Nach einem Auslandsaufenthalt in London wechselte sie in das Bildungswesen und war dort zuletzt Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts in Frankfurt. 2017 zog Stark-Watzinger für die FDP in den Bundestag ein. Seit Dezember 2021 wirkt sie als Bundesministerin für Bildung und Forschung, seit April 2023 als stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Demokraten. Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann und zwei Töchtern in Bad Soden am Taunus.

Messe konnte ich in derselben Woche ein junges Unternehmen kennenlernen, das Quantensensoren baut. Sie können Prothesen mittels feinsten Nervenimpulse steuern. Es gibt unzählige solcher Beispiele für Leistung und Können „made in Germany“.

Spitzenleistungen wie diese passieren aber nicht vom Sofa aus. Oder wenn einem der Status quo genug ist. Deutschland braucht daher wieder mehr Respekt vor der Leistung dieser Macher – und weniger Diskussionen über Neid und Gleichmacherei.

Respekt vor Leistung beginnt im Klassenzimmer

Dieser Respekt vor Leistung beginnt im Klassenzimmer. Schulen müssen unseren Kindern vermitteln, dass es Freude macht, aus eigener Kraft und mit Talent Ziele zu erreichen. Wer etwa Schulnoten abschaffen will, nimmt Kindern Erfolgserlebnisse, Leistungsanreize und Vergleichbarkeit. Bessere Bildung und Lust auf Leistung gehören zusammen. Und bessere Bildung ist für die Wirtschaftswende unerlässlich.

Nach unserem Bundesparteitag hat mich eine Frage häufiger erreicht: „Wieso steht in eurem Wirtschaftspapier so viel zum Thema Bildung?“ Dabei rechnet es uns die Bildungswissenschaft regelmäßig vor: 25 PISA-Punkte mehr bedeuten laut ifo-Institut langfristig für unsere Volkswirtschaft 7,3 Prozent Wirtschaftswachstum mehr. Die Zukunft unseres Landes wird in den Klassenzimmern entschieden.

Alle Bildungsstudien der letzten Monate sprechen daher die gleiche Sprache: Wir brauchen eine bildungspolitische Trendwende. Und genau deshalb haben wir für

das Startchancenprogramm gekämpft. Das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es stellt unser aller Zukunft in den Mittelpunkt: unsere Kinder.

Respekt vor den Steuerzahlern

Wo die Politik den Respekt vor Eigentum verliert, bestraft sie Leistung und demotiviert die Menschen. Respekt vor Leistung bedeutet daher auch, Leistungsträgerinnen und -träger spürbar zu entlasten.

Insbesondere die Unternehmenssteuern müssen gesenkt werden. Als Freie Demokraten kämpfen wir dafür, dass die effektive steuerliche Belastung von Unternehmensgewinnen maximal 25 Prozent beträgt. Dazu wollen wir etwa die Körperschaftssteuer schrittweise reduzieren und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Dieser ist in erster Linie zu einer Wirtschaftssteuer geworden, die die Unternehmen auch im europäischen Vergleich stark benachteiligt.

In Zeiten der Inflation darf der Staat außerdem nicht zusätzlich von heimlichen Steuererhöhungen profitieren. Wenn Sozialleistungen an die Preisentwicklung gekoppelt werden, muss das auch bei der Steuer gelten. Und wenn Menschen und Unternehmen dadurch mehr finanziellen Spielraum bekommen, hilft das auch unserer Wirtschaft.

In den beiden vergangenen Jahren haben wir bereits dafür gesorgt, dass der Staat Mehreinnahmen infolge der kalten Progression an die Steuerzahler zurückgibt. Das ist auch für dieses und kommende Jahre geboten.

Neues Vertrauen in Menschen und Unternehmen

Respekt vor Leistung – das heißt auch: Vertrauen in die Menschen zu haben. Denn jeder Mensch will etwas erreichen. Dabei geht es um viel mehr als Geld oder Karriere. Es sind unsere Ziele, die uns jeden Tag neu motivieren. Wir glauben an die Energie des Menschen. Sie sorgt dafür, dass Menschen Dinge erfinden, Häuser bauen, Familien gründen, eine Bürgerinitiative auf die Beine stellen oder ein Unternehmen aufbauen. Diese Energie kann eine Gesellschaft nutzen oder ausbremsen. Eine Gesellschaft kann Menschen motivieren oder ihnen Steine in den Weg legen. Wir wollen, dass Menschen auf ihrem Weg vorankommen, über sich hinauswachsen und ihre Ziele erreichen.

Jeder, der ein Unternehmen führt oder ein Bauprojekt plant, weiß aber, wie lähmend Papierflut und endlose Genehmigungsverfahren sein können. Die Bürokratielasten waren in unserem Land noch nie so hoch wie heute. Das zeigt auch der jüngste Jahresbericht des Normen-

kontrollrates. Deutschland erstickt im Bürokratie-dschungel – und steht sich selbst im Weg. Um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, müssen wir diese bürokratischen Fesseln sprengen.

Mit dem Meseberger Entbürokratisierungspaket haben wir in der Bundesregierung bereits den ersten Schritt gemacht und eine Entlastung von mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr für Unternehmen auf den Weg gebracht. Klar ist aber auch: Das kann nur ein nächster, nicht der letzte Schritt gewesen sein. Um eine nachhaltige Entlastung zu erreichen, braucht es die Einführung eines Jahresbürokratieabbaugesetzes, das jährlich unnötige Vorschriften abbaut. Die Bekämpfung des Bürokratie-Burnouts bleibt eine politische Daueraufgabe.

Voraussetzung für einen wirksamen Bürokratieabbau ist vor allem aber die systematische Erfassung der Belastungen und ihrer Quellen. Deshalb wollen wir den Bürokratiekostenindex des Bundes auch auf die Länder übertragen. Zudem schlagen wir einen EU-Bürokratiekostenindex nach deutschem Vorbild vor – denn fast 60 Prozent der Bürokratie in Deutschland haben heute ihren Ursprung in der EU-Gesetzgebung. Umso wichtiger ist, wer in Brüssel das Sagen hat.

Lust auf Zukunft und neue Chancen

Deutschland muss neue Ideen willkommen heißen, sonst gehen sie woanders hin. Doch Menschen, die etwas vorantreiben wollen – sei es in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst oder Gesellschaft –, schlägt noch immer viel zu häufig Skepsis und Ablehnung entgegen.

In jedem Gesetzesvorhaben wird zuerst auf mögliche Gefahren und Risiken geschaut statt auf die Chancen und Potenziale. Die Vermeidung und weitestgehende Verringerung von Risiken aber macht unser Land nicht fit für die Zukunft. Das gelingt nur durch Mut, Innovationsfreude und Innovationsfähigkeit.

Wir sollten daher neben dem Vorsorgeprinzip sowohl in der Gesetzgebung als auch bei behördlichen Entscheidungen ein gleichberechtigtes Innovationsprinzip etablieren, das die Eröffnung neuer Chancen betrachtet.

Unsere größte Sorge sollten nicht die möglicherweise negativen Folgen einer Zukunftstechnologie sein. Unsere größte Sorge sollte sein, dass Deutschland eine bahnbrechende Innovation verschläft. Wasserstoff etwa ist die Chance, Energiesicherheit, Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Fusion ist die riesige Chance, all unsere Energieprobleme zu lösen. Neue Züchtungstechniken stecken voller Chancen für Welt-ernährung, Klima und Wohlstand. Und Künstliche Intelligenz ist eine historische Chance, Innovationen zu entfesseln und Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zu finden.

Die Frage ist längst nicht mehr, ob diese bahnbrechenden Innovationen kommen werden. Sie sind teilweise längst da. Die Frage ist vielmehr, ob wir dabei sind. Chancen ergreifen, wo andere zögern – das muss unser Anspruch sein.

Wer Visionen hat, soll zu uns kommen

Neue Ideen, neue Technologien, aber auch Menschen kommen neu zu uns. Das ist kein schlechtes Zeichen für



© Larisa Stefanuyk / iStock / Getty Images Plus



© Venerata/iStock/Getty Images Plus

eine Gesellschaft, die wegen des demografischen Wandels schrumpft und dadurch mit einem immer größer werdenden Problem des Fachkräftemangels konfrontiert ist.

Deutschlands geburtenstärkster Jahrgang wird demnächst in den Ruhestand gehen – die Herausforderung wird damit noch größer. Wir müssen daher noch mehr dafür tun, dass mehr Menschen ihre Zukunft in Deutschland sehen, und aktiv um die klügsten Köpfe und fleißigsten Hände aus der ganzen Welt werben. Wir wollen Deutschland als Einwanderungsland attraktiver machen.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir wichtige Schritte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels unternommen, etwa indem eine Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eingeführt wurde. Wir müssen weiterhin den rechtlichen Rahmen so anpassen, dass der Mittelstand zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland ohne größeren Aufwand anwerben kann. Dazu wollen wir unter anderem die staatliche Prüfdauer für die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen erheblich verkürzen und Behördengänge in englischer Sprache anbieten. Behörden müssen schnelle Entscheidungen treffen. Auch Visa-Verfahren zur Arbeitsaufnahme müssen digital, einfacher und schneller werden. Visa-Anträge von Bewerberinnen und Bewerbern, die einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorlegen können, sollen nach Ablauf einer Frist automatisch als genehmigt gelten.

Wir haben es in der Hand

Über ein Jahrzehnt hat Deutschland sich darauf konzentriert, zu verteilen, zu bürokratisieren, zu verwalten. Aber beim Innovieren, beim Investieren und beim Entfesseln sind wir unterhalb unserer Möglichkeiten geblieben. Das zu ändern, ist unser Auftrag.

Gerade in Zeiten, in denen unser Wohlstand auf dem Spiel steht, in denen unsere Freiheit von außen und innen bedroht wird, sind wir als Freie Demokraten gefragt. Als Garant wirtschaftlicher und finanzieller Vernunft. Als Garant von Freiheit und liberalen Werten.

Wir dürfen keinen Zweifel daran aufkommen lassen: Deutschland und Europa brauchen starke Freie Demokraten. Jetzt und now.

Vernetzen Sie sich mit Bettina Stark-Watzinger:



X (Twitter)

<https://x.com/starkwatzinger>



Instagram

<https://www.instagram.com/bettina.starkwatzinger/>



LinkedIn

<https://www.linkedin.com/in/starkwatzinger/>



Facebook

<https://www.facebook.com/bettina.starkwa>



Web

<https://www.stark-watzinger.de/>



Alle Fotos: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Freie Demokraten modernisieren das hessische Ladenöffnungsgesetz

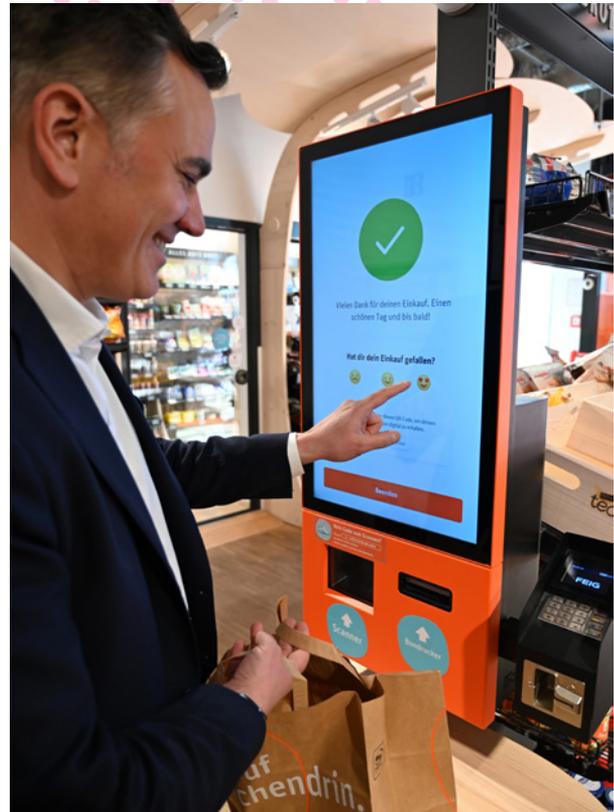
Das hessische Ladenöffnungsgesetz wird den Entwicklungen im Handel nicht gerecht. Das hat zuletzt auch das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs zur Sonntagsöffnung der Teo-Märkte der Handelskette Tegut gezeigt. Demnach müssen die voll digitalisierten Mini-Supermärkte, in denen Kunden rund um die Uhr ohne anwesendes Ladenpersonal einkaufen können, sonn- und feiertags schließen. Mit einem Vorstoß zur Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes wollen die Freien Demokraten im Hessischen Landtag die Sonntagsöffnung der Mini-Märkte ermöglichen und auf eine sichere Rechtsgrundlage stellen.

„Mehr Mut, weniger Bedenken“, fordert Stefan Naas Anfang Februar im Plenum des Hessischen Landtags. Seine Fraktion hat einen Entwurf für eine Änderung des hessischen Ladenöffnungsgesetzes eingebracht, der in erster Lesung diskutiert wird. „Dass die Teo-Märkte seit Januar nicht mehr an Sonn- und Feiertagen öffnen

dürfen, ist nicht nur schlecht für die Wirtschaft, sondern auch für die Kunden“, sagt der Fraktionsvorsitzende, der auch wirtschaftspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag ist. „Die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land zeigt, dass das Ladenöffnungsgesetz nicht mehr zeitgemäß ist.“ Viele Verbraucher seien, beispielsweise aus beruflichen Gründen, darauf angewiesen, auch an Sonntagen einkaufen zu können. Und dies ginge schließlich auch anderswo: „Wenn an der Tankstelle Personal steht, das Sonntagsbrötchen verkaufen darf, aber ein Mini-Supermarkt ohne Beschäftigte geschlossen bleiben muss, ist das absurd. Auch in Hofläden, Kiosken oder im Bahnhofs-Supermarkt dürfen Lebensmittel verkauft werden.“ Ohnehin ist der Arbeitnehmerschutz für Naas hier kein nachvollziehbarer Grund, schließlich kommen die automatisierten Märkte komplett ohne Ladenpersonal aus.

Vom Angebot und von der Funktionsweise der Teo-Märkte konnte sich der Fraktionsvorsitzende bei seinen Besuchen vor Ort in Fulda und Sulzbach überzeugen. „Auch für die ländlichen Regionen ist das Urteil ein herber Rückschlag, denn hier tragen moderne Ladenkonzepte wie diese zu einer Sicherung der Versorgung bei.“ Das Geschäftsmodell lohne sich für die Betreiber allerdings nur, wenn die Mini-Supermärkte auch sonntags öffnen dürften.

Gegner der Sonntagsöffnung verweisen auf den Schutz des freien Sonntags als Kulturgut und Tag der seelischen Erhebung. Naas findet diese Argumente im Fall der Mini-Supermärkte schwer vermittelbar – für die Hessinnen und Hessen sowie für Unternehmen. „Die Menschen brauchen niemanden, der ihnen erklärt, was ihrer Seele guttut. Jeder kann und soll selbst entscheiden, was er sonntags tun oder lassen möchte. Der Kauf einer Packung Schlagsahne für den Sonntagskuchen ist weder ein Kulturbruch noch dürfte er jemanden in seinem Seelenheil geschadet haben.“ Die Argumente sorgen aber nicht nur bei Naas und den hessischen Bürgerinnen und Bürgern für Kopfschütteln. Das Urteil schlug in ganz Deutschland



Zugang und Bezahlung funktionieren im Teo-Markt per App oder Giro-/Kreditkarte.



Die Fraktionsvorsitzenden Stefan Naas und Wiebke Knell vorm Teo-Markt in Sulzbach.

und sogar international Wellen. So berichteten unter anderem auch die BBC und die Financial Times sowie italienische Medien über die gerichtlich angeordnete Schließung der hessischen Mini-Supermärkte und den Vorstoß der Freien Demokraten.

Auch wenn es seitens der Hessischen Landesregierung zunächst Widerstand gegen die Initiative der Freien Demokraten gab, so hat sie die Koalition zum Umdenken bewegt. Schon in der Plenarsitzung im Mai wurde der gemeinsame Gesetzentwurf von CDU, SPD und Freien Demokraten eingebracht – ein echter Meilenstein für die kleinste Oppositionsfraktion. „Mit einer Ausnahmeregelung im hessischen Ladenöffnungsgesetz für vollautomatisierte Geschäfte kann das durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel akut gewordene Problem nun endlich gelöst werden“, sagt Stefan Naas bei seiner Rede. Er ist zufrieden, denn mit der Gesetzesänderung wird der besonderen Rolle des Sonntags weiterhin Rechnung getragen, während gleichzeitig Fortschritt und Innovation ermöglicht werden. Wenn das Gesetz im Sommer verabschiedet wird, hat die FDP-Fraktion innerhalb nur eines halben Jahres eine wesentliche rechtliche Grundlage für die Existenz der Mini-Supermärkte erwirken können.

Antisemitismus gemeinsam bekämpfen

Bildung ist das beste Mittel gegen Terror und Geschichtsverfälschung

Berufsschüler, die öffentlich den Holocaust beklatschen, TikTok-Influencerinnen, die Hamas-Propaganda in hessische Kinderzimmer tragen, und Studierende, die israelfeindliche Parolen auf Uni-Campussen brüllen. Mit unvorstellbarer Härte spüren wir die Folgen des 7. Oktober auch hier in Hessen. Antisemitismus verbreitet sich auf unseren Straßen und Schulhöfen, in den Hochschulen und sozialen Medien. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag wollen den Kampf gegen Antisemitismus in der Schule beginnen.

Antisemitismus gefährdet Jüdinnen, Juden und jüdisches Leben in unserem Land. Und er gefährdet das friedliche Zusammenleben unserer vielfältigen Gesellschaft. Rund 1500 Meldungen, die einen antisemitischen Bezug hatten, gab es beim Portal Hessen gegen Hetze im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis Anfang April 2024. Das sind rund 900 Meldungen und damit deutlich mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Über die Hälfte davon waren sogar strafrechtlich relevant.

„Wir dürfen nicht hinnehmen, dass hierzulande Menschen beleidigt, angefeindet und angegriffen werden, weil sie Juden sind“, sagt Wiebke Knell bei ihrer Begrüßung zu einer Podiumsdiskussion, zu der die Fraktion der Freien Demokraten im April in den Hessischen Landtag geladen hat. Neben Uwe Becker, dem hessischen Antisemitismusbeauftragten, sitzen unter anderem Alon Meyer, Präsident des jüdischen Turn- und Sportverbands Makkabi Deutschland, sowie Dr. Deborah Schnabel, Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank, und der pensionierte Geschichtslehrer Wolfgang Geiger auf der Bühne. Sie wollen erörtern, was sich verändern muss, damit junge Menschen widerstands-



Die Fraktionsvorsitzenden Wiebke Knell und Stefan Naas bei der Eröffnung der Veranstaltung.

fähig gegen antisemitisches Gedankengut werden. Ben Salomo hat sich von unterwegs aus zugeschaltet. Er war der erste bekennende Jude in der deutschen Rap-Szene und kehrte ihr den Rücken, weil er die antisemitischen Verschwörungstheorien und Anfeindungen dort nicht mehr ertragen konnte. Er ist auf dem Rückweg von einer Schulveranstaltung. Seit mehreren Jahren ist der 47-Jährige auch für die Friedrich-Naumann-Stiftung an Schulen in ganz Deutschland unterwegs, um Jugendliche über antisemitische Codes und Symbole im Deutschrapp aufzuklären und über seine persönlichen Erfahrungen als Jude zu berichten. „Antisemitismus-Prävention, Israelverständnis und Medienkompetenz sollten feste Säulen in der Bildung werden“, fordert er. Auf dem Podium im Landtag in Wiesbaden berichtet Wolfgang Geiger daraufhin eindrücklich aus dem Alltag der Lehrkräfte an Hessens Schulen. Der Leiter des Arbeitskreises Deutsch-jüdische Geschichte des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands findet deutliche Worte. „Vielen Kolleginnen und Kollegen fällt es schwer, das Thema Israel und Nahostkonflikt im Unterricht anzusprechen.“ Zu oft seien Lehrkräfte mit der Behandlung des Themenkom-



Alon Meyer formuliert einen Appell an die Gesellschaft, sich Antisemitismus entschieden entgegenzusetzen.

Alle Fotos: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag



Ben Salomo (links) war der Veranstaltung per Video zugeschaltet und nahm digital an der Podiumsdiskussion teil.

plexes überfordert, würden Antisemitismus nicht erkennen oder nicht wissen, wie sie auf antisemitische Aussagen reagieren sollen. Sie fühlten sich von der Institution Schule bzw. dem Kultusministerium alleine gelassen. Geiger fordert deshalb mehr Fortbildungsangebote. Auch Deborah Schnabel bestätigt dieses Problem. Insbesondere das aktualitätsbezogene Arbeiten habe man als Gesellschaft verschlafen. Themen wie der israelbezogene Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Antisemitismus im Netz kämen im Schulunterricht nicht vor. Dabei spielen insbesondere die sozialen Medien, in denen Inhalte auch mittels künstlicher Intelligenz und Deep-Fakes geteilt werden, bei der Verbreitung antisemitischen Gedankenguts mittlerweile eine zentrale Rolle. In ihrer Studie „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz“ beschreibt die Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank das Phänomen. „TikTok verstärkt den Antisemitismus in Deutschland. Das spaltet unsere Gesellschaft und gefährdet unsere Demokratie“, sagt sie. Dies sei ein Trend, den unsere Gesellschaft verschlafen habe. Das sagt auch Alon Meyer: „Die Extremisten, auch unter den Muslimen, sind nur so laut, weil wir als die vernünftige Mitte bisher zu leise sind.“ Als Präsident von Makkabi Deutschland hat er nahezu täglich mit Antisemitismus zu tun. Die Spieler des Vereins tragen alle den Davidstern auf dem Trikot, auch wenn nicht alle jüdischen Glaubens sind. Nicht nur auf den Sportplätzen oder in den sozialen Medien fordert Meyer, dessen Vater Makkabi 1965 in Frankfurt gegründet hat, mehr Haltung. Der 50-Jährige sieht ein gesamtgesellschaftliches Problem: „Wir alle verlieren das Gesicht. Jeder Einzelne von uns verliert den Mut, um im entscheidenden Moment aufzustehen“, sagt er.



Wolfgang Geiger, Hanning Voigts, Stefan Naas, Alon Meyer, Wiebke Knell, Uwe Becker, Deborah Schnabel (v.l.n.r.).



Deborah Schnabel berichtete über die Verbreitung von Antisemitismus in den sozialen Medien.

„Jetzt sind es die Juden. Morgen sind es die Blondes. Übermorgen sind es die Brillenträger. Es geht doch jetzt darum, dass unsere Gesellschaftsform hier mit Füßen getreten wird. Und die Frage ist, ob wir das alle erkennen.“

Der Antisemitismusbeauftragte der Hessischen Landesregierung, Uwe Becker, spricht in diesem Zusammenhang das Thema Haltung an. „Und das beginnt bei der Frage Bildung. Es beginnt bei der Frage, was uns die Vermittlung von Werten, über die wir jeden Tag reden, am Ende auch tatsächlich faktisch wert ist.“ Schließlich ist sich die Runde einig darin, dass der Schlüssel zur Bekämpfung des Antisemitismus in der Bildung liegt und dass das hessische Schulsystem diesbezüglich dringenden Nachholbedarf hat. Neben einer ausreichenden Finanzierung von Präventionsprogrammen bedarf es einer besseren Lehrkräfteausbildung und mehr Fortbildungsangeboten. „Wenn Lehrkräfte nicht sprechfähig sind und schweigen über den 7. Oktober und seine Folgen, dann färbt das ab“, argumentiert Deborah Schnabel abschließend. „Das setzt ein Signal für die jungen Menschen, dass nicht darüber gesprochen werden muss und auf antisemitische Äußerungen und Taten nicht direkt reagiert wird.“

Eine direkte Reaktion auf die Veranstaltung der Freien Demokraten gibt es schon in der nächsten Sitzungswoche des Hessischen Landtags im Mai. In einem gemeinsamen Antrag beschließen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und Freien Demokraten, dass Lehrkräfte umfassende Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich Antisemitismus- und Extremismusprävention erhalten sollen. „Bildung ist das beste Mittel gegen Terror und Geschichtsverfälschung“, bekräftigt Wiebke Knell in ihrer Rede. Schule müsse ein Gegenentwurf zu den sozialen Medien sein. „Schule ist ein Raum, in dem kontrovers diskutiert werden kann, in dem Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit nicht unwidersprochen stehen bleiben dürfen.“



**DIE PODIUMSDISKUSSION
IM VIDEO**

Mehr auf Unternehmer setzen

VhU-Präsident Wolf Matthias Mang

Private Unternehmen werden gegründet, um Gewinne zu erzielen. Anderenfalls wären sie schnell wieder weg. Ich sage „Ja“ zum Gewinnstreben. Immer öfter habe ich das Gefühl, dass genau das nicht mehr akzeptiert wird.

Die Menschen in Deutschland, die in Umfragen die Soziale Marktwirtschaft zwar stützen, rufen zugleich nach einem lenkenden Staat als kollektive Versicherung vor Abstieg und als Absicherung bei grundlegenden Veränderungen. Nicht wenige sind sogar bereit, die Kosten ihrer Risiken in Form von Staatsschulden unseren Kindern aufzubürden.

Der Glaube an die konstruktive Zukunftsgestaltung durch die Kräfte marktwirtschaftlicher Konkurrenz an Stelle von staatlicher Planung erfordert etwas sehr Spezielles. Vertrauen! Vertrauen in den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, um das dezentral verteilte Wissen und Wollen von Millionen Menschen fruchtbar zu machen.

Menschen zusammenzuführen, mit freiheitlicher Gesinnung und mit der Bereitschaft, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das sollte das Ansinnen der FDP bleiben. Es geht um das Entfesseln und Ermöglichen, nicht um das weitere Aufblähen des Wohlfahrtsstaates.

Aber warum akzeptiert die FDP so viel Falsches von den Koalitionspartnern SPD und Grünen? Rentenpaket II, Bürgergeld-Expansion, LKW-Maut-Anhebung, höhere Luftverkehrssteuer, Haushaltstricks für Klima-Subventionen, bis das Verfassungsgericht „Stop!“ sagt. Und ein viel zu später Protest der FDP-Minister in der EU gegen Verbrenner-Aus und Lieferkettengesetz.

Die FDP sollte wieder eine Partei sein, die Belastungen der Betriebe verhindert, die die öffentlichen Etats saniert und Spielraum für niedrigere Unternehmenssteuern schafft, die die Sozialausgaben deckelt und Investitionen steigert.

Im Bund brauchen wir eine Rückabwicklung der Fehlreize bei Bürgergeld, Mindestlohn und Rente. Ferner Leistungskürzungen in Teilen der Sozialversicherungen sowie eine Haushaltsstrukturreform.

Hinzutreten müssen Politikansätze, die kein neues Geld brauchen: Erstens sollte der Staat mehr auf Unterneh-



© Uwe Zucchi/VhU

mer setzen. „Nein“ zu immer mehr Markteingriffen und Subventionen. „Ja“ zu Technologieoffenheit.

Zweitens müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller gehen – ich hoffe auf den Pakt von Bund und Ländern.

Drittens sollten Entbürokratisierung und Deregulierung Top-Prioritäten werden. Wieso müssen für Industrieanlagen, die seit Jahren gut laufen, lange Genehmigungsverfahren betrieben werden, wenn wir kleinste Änderungen durchführen möchten?

Viertens muss der Personalaufwuchs im öffentlichen Dienst aufhören.

Fünftens muss die gesteuerte Erwerbsmigration nach Deutschland verbessert werden. Wir brauchen zentral agierende Profis in einer Behörde für ganz Hessen. Zudem muss die unregelmäßige Migration in die EU und nach Deutschland begrenzt werden.

Sechstens: Runter vom Gaspedal in der Klimaschutzpolitik. Es ist illusorisch, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird – und weiter ein prosperierendes Industrieland ist. Die Ziele der Klimapolitik sind inhaltlich richtig, aber zeitlich überambitioniert. Die Politik sollte sich mehr Zeit lassen – mindestens ein oder zwei Jahrzehnte.

Siebtens muss die Schuldenbremse verteidigt und eingehalten werden.

133 Tage Wahlkampf

Rückblick der hessischen Spitzenkandidatin zur Europawahl, Isabel Schnitzler, auf High- und Lowlights

Während ich diese Zeilen tippe, steht schon fest: Wir haben für die Wahl zum Europäischen Parlament 5,2 Prozent der Stimmen für uns gewinnen können. Wir dürfen also weiterhin fünf FDPler nach Brüssel senden. Für mich persönlich – Platz 6 – hat es folglich leider nicht ganz gereicht. Trotzdem waren diese 133 Tage intensiv, lehrreich und eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte.

Am 28. Januar haben mich die Delegierten des Europa-parteitages in Berlin mit 78 Prozent trotz einer Gegenkandidatin auf Platz 6 der Liste für die Europawahl gewählt. Von da an reihten sich die Highlights aneinander. Ich durfte interessante Menschen kennenlernen, hinter Kulissen spannender Unternehmen blicken und mit vielen Bürgern ins Gespräch kommen. Eines der größten Highlights für mich persönlich sind die Unterstützung und der Zuspruch der eigenen Parteikollegen, die in meinem Team oder auch in den Untergliederungen vor Ort Wahlkampf gemacht haben.

Aufgrund der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre waren insbesondere auch Schulen im Vorfeld der Wahl sehr aktiv. Daher ein weiteres Highlight: Die jungen Menschen wirkten zumeist generell politisch und vor allem an liberaler Politik interessiert. Manche Schulen führten Online-Abstimmungen durch und als Vertreterin der FDP mit 7 Prozent Zustimmung in eine Diskussion und mit 28 Prozent rauszugehen, ist definitiv ein Erfolg.

Diese Schulbesuche führen mich aber auch zu meinen Lowlights. Sie haben aufgezeigt, dass gerade im Bildungsbereich noch einige dornige Chancen liegen, also viel Luft nach oben ist. Keine Frage: Auch bei Menschen jenseits der Volljährigkeit wird man auf solche treffen, die denken, dass das passive Wahlrecht die Briefwahl sei. Aber an unser Bildungssystem habe ich trotzdem andere Ansprüche.

Besonders spannend wird es, wenn der Nahostkonflikt in den Klassenzimmern ausgetragen wird. Hier treffen jüdische und muslimische Schüler aufeinander, die politische Bildung mehr aus TikTok als aus dem Unterricht speisen. Die Debatten haben Antisemitismus und ein Maß an Gehirnwäsche zu Tage getragen, welches uns die kommenden Jahre sicher noch beschäftigen wird.

Apropos Debatten: Ein weiteres Lowlight ist die Erkenntnis, dass unsere Debattenkultur den Bach runterzugehen droht. Online scheint ein gewisses Maß an Respekt und Menschlichkeit schon seit geraumer Zeit keine Rolle



© Ajeet Ahmad, Jungel Libérale Hessen

mehr zu spielen. Aber auch offline ist einiges aus den Fugen geraten. Da sind zum einen die offenen Feindseligkeiten und verbalen Angriffe. Zum anderen aber auch die Frage: Wie offen können wir noch debattieren?

Ich möchte ein Erlebnis schildern: Auf Einladung war ich bei einer Diskussion, die auf eher linkes Publikum ausgerichtet war. Trotzdem bin ich der Einladung gerne gefolgt, denn gerade der Austausch mit Andersdenkenden kann den Horizont doch erweitern. Große Teile des Publikums sahen das scheinbar anders. Bei jedem meiner Wortbeiträge wurde empört der Kopf geschüttelt, gerne noch durch ein verächtliches Schnaufen untermalt. Also habe ich mal getestet: Was passiert, wenn ich Forderungen der Linken zum Besten gebe und als meine eigenen verkaufe? Nun, es wurde fleißig weiter geschmaut und geschüttelt. Das zeigt doch, es geht nicht mehr darum, was jemand sagt, sondern wer es sagt. Damit ist jede Horizonterweiterung unmöglich und wir stecken in einer Sackgasse. Fortschritt und Aufgeschlossenheit ade.

Trotzdem blicke ich zuversichtlich in die Zukunft. Wir haben ein gutes Ergebnis für die Europawahl einfahren dürfen. Wir haben eine hohe Wahlbeteiligung erreicht und konnten auch junge Menschen davon überzeugen, sich für proeuropäische Politik einzusetzen. Ich freue mich, dass wir noch so einiges besser machen können. Dass wir für Bildung, Meinungsvielfalt und gegen Populismus eintreten können. Ist es nicht dieser Optimismus und diese Zuversicht, die uns Freie Demokraten ausmachen?

Persönliches



© Dirk Beichert

80. Geburtstag

Am 31. Dezember 2023 feierte unser Ehrenvorsitzender **Dr. Wolfgang Gerhardt** seinen 80. Geburtstag. Mit großer Bewunderung blicken wir auf sein ereignisreiches Leben und seinen unermüdlichen Einsatz für die liberale Sache zurück. Als hessischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst sowie als FDP-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Bundestagsfraktion prägte er liberale Politik weit über die Landesgrenzen hinaus. Seine Reden fesselten damals wie heute das Publikum und stellen dem gelegentlich etwas blechernen Klang des Liberalismus die Ästhetik eines freiheitlichen Herzens zur Seite. Seiner Souveränität und seinem unerschütterlichen Glauben an die Kraft der Freiheit zollten selbst seine politischen Gegner stets großen Respekt. Gewürdigt wurden seine Verdienste um Freiheit und Demokratie unter anderem mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille, der höchsten Auszeichnung, die das Land Hessen zu vergeben hat. Sein 80. Geburtstag bietet uns Freien Demokraten die Gelegenheit, unsere Dankbarkeit und Anerkennung für sein politisches Lebenswerk auszudrücken. Wir wünschen Dr. Wolfgang Gerhardt weiterhin alles Gute und beste Gesundheit. Sein Vorbild inspiriert uns, und wir sind stolz, ihn in unseren Reihen zu wissen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem besonderen Jubiläum, lieber Wolfgang Gerhardt.

Kreisvorsitzende

Marius Schäfer ist neuer Kreisvorsitzender der Freien Demokraten Rheingau-Taunus. Die Kreismitgliederversammlung wählte den 25-Jährigen einstimmig in das Amt. Er folgt damit auf den langjährigen Kreisvorsitzenden **Stefan Müller**, der nicht mehr antrat.

Auf der Kreisversammlung in Heppenheim wurde **Christopher Hörst** zum neuen Kreisvorsitzenden der Freien Demokraten Bergstraße gewählt. Er übernimmt das Amt von **Till Mansmann**, der dieses zehn Jahre innehatte.

Die Mitglieder der Freien Demokraten in Darmstadt haben **Dr. Christoph Rohloff** einstimmig in seinem

Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde **Daniel Protzmann**, der erneut mit der Mehrheit der Stimmen zum Kreisvorsitzenden des Main-Kinzig-Kreises bestimmt wurde.

Weiterhin gab es eine Veränderung im Werra-Meißner-Kreis. Nach sechs Jahren als Kreisvorsitzender und über 20 Jahren im Kreisvorstand trat **Max Grotepaß** nicht erneut als Kreisvorsitzender an. Auf ihn folgt der 25-jährige **Jorias Bach**, der mit einem starken Ergebnis zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt wurde.

Wir gratulieren allen neu gewählten und bestätigten Kreisvorsitzenden herzlich und danken den bisherigen Amtsinhabern für ihr Engagement. Wir wünschen ihnen viel Erfolg und eine glückliche Hand bei ihren neuen oder fortgesetzten Aufgaben.

70. Geburtstag

Wolfgang Greilich feierte am 13. April seinen 70. Geburtstag. Der gebürtige Gießener hat eine beeindruckende Karriere in der Politik hinter sich. Schon in jungen Jahren engagierte er sich leidenschaftlich für die liberale Sache und führte die Deutschen Jungdemokraten als stellvertretender Landesvorsitzender an. Seit seinem Eintritt in die FDP war er in zahlreichen Ämtern tätig. In den 90er Jahren wurde er Mitglied im Landesvorstand und rückte kurzzeitig in den Hessischen Landtag nach. Später kehrte er in den Landtag zurück und vertrat die Interessen der hessischen Bürgerinnen und Bürger über mehrere Wahlperioden hinweg. Als Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Hessischen Landtag und später als Vizepräsident des hohen Hauses setzte er sich mit großem Einsatz für die liberale Politik und die Anliegen der Menschen in unserem Land ein. Wir gratulieren Wolfgang Greilich herzlich zu seinem Geburtstag und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und alles Gute.



© Privat



© Privat

Bezirkvorsitzender

Mit über 94 Prozent der Stimmen wurde **Mario Klotzsche**, Kreisvorsitzender aus Fulda, zum neuen Bezirksvorsitzenden der Freien Demokraten Nord-Ost-Hessen gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Dieter Schütz an, der den Bezirksverband seit 2018 erfolgreich angeführt hatte. Wir gratulieren ihm herzlich zu seiner Wahl und wünschen ihm viel Erfolg in seiner neuen Position.

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de